

# DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Wahlergebnisse, Analysen und Berichte — Die Namen aller Berliner Abgeordneten Seite 3 bis 7 und 16

4. Berlin 19, Kaiserdamm 9, Tel. 3 21 20 18 / Berlin 26, Wilhelmsruher Damm 247, Tel. Str. 87 Tel. 2 60 09 289; Berlin 33, Hohenstr. 30 04 / 8 01 80 30; Berlin 41, Schildhornstr. 9, Tel. 4 60 60 91; Berlin 44, Karl-Marx-Str. 184, Tel. Leonorestr. 71, Tel. 7 74 60 99; Berlin 47, Neuköllner Str. 49, Tel. 4 12 30 39; Berlin 65, Otawistr. 7, Tel. 4 51 30 35



Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1000 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Tel. (0 30) 2 60 09-0, Telefax (0 30) 2 60 09-332 / Anzeigen: Tel. (0 30) 2 60 09-811, Telefax (0 30) 2 60 09-375 / Telex 1 83 773 und 1 84 552 / Teletex 308 399 / Büro in Bonn: 5300 Bonn, Pressehaus II, Tel. (02 28) 21 50 01 / Büro in Ost-Berlin: 1080 Berlin, Schadowstraße 6, Tel. 2 29 92 26, 2 29 93 70; Vertriebsbüro: Tel. 2 12 67 73 / Büro in Potsdam: 1560 Potsdam, Gutenbergstraße 71, Am Bassinplatz, Tel. 2 39 39 / Abonnementpreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 21,30 DM, durch die Post 23,70 DM monatlich / Erscheinungsweise: täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 29 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tiergarten

Nr. 13 740 / 46. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 4. DEZEMBER 1990

Berlin u. Land Brandenburg: 90 Pf / Übriges Inland: 1,30 DM / A6622A

## Kanzler und FDP vor harten Gesprächen

### Nach dem gemeinsamen Wahlsieg der Koalition Lafontaine kandidiert nicht für Parteivorsitz Westdeutsche Grüne deprimiert

Bonn (dpa/Reuter/AP). Nach ihrem klaren Sieg bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am Sonntag haben gestern die Führungsgremien der Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP nach getrennten Beratungen in Bonn erste Kontakte für die Koalitionsverhandlungen aufgenommen, bei denen die Position des großen Wahlsiegers FDP gestärkt erscheint. Es zeichnen sich harte Gespräche ab.

Die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten Lafontaine mußten eine empfindliche Niederlage hinnehmen. Die Grünen im Wahlbereich West scheiterten überraschend an der Fünf-Prozent-Hürde und äußerten sich deprimiert über das Wahlergebnis. Lediglich ihre Parteifreunde im Osten vom Bündnis '90 ziehen auf Grund der getrennten Wahlgebiete in den Bundestag ein. Dort wird auch die PDS vertreten sein, die im Wahlbereich Ost die Sperrklausel übersprang.

Der neue zwölfte Bundestag wird sich am 20. Dezember in Berlin im Reichstagsgebäude konstituieren.

Die Union schaffte deutschlandweit 43,8 Prozent der Stimmen (Bundestagswahl 1987: 44,3), ihr Koalitionspartner FDP mit 11,0 Prozent (9,1) das drittbeste Ergebnis der Liberalen bei Bundestagswahlen. Die Sozialdemokraten fielen vor allem auf Grund ihres schlechten Abschneidens im Osten von 37,0 bei der Wahl '87 auf jetzt deutschlandweit 33,5 Prozent zurück. Für die PDS errechnete der Bundeswahlleiter deutschlandweit 2,4 und für die Grünen 3,9 Prozent. Das Bündnis '90 erreichte 1,2 Prozent.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis, das erst knapp zehn Stunden nach Schließung der Wahllokale bekanntgegeben wurde, ziehen 398 Koalitionsabgeordnete ins Bonner Parlament ein — 319 von CDU/CSU, 79 von der FDP. Bislang hatte die Koalition 362 Abgeordnete. Die Sozialdemokraten stellen 239 Parlamentarier, seit der deutschen Vereinigung waren es 226. Die Zugewinne der SPD trotz ihrer Stimmverluste sind auf das gesamtdeutsche Wahlsystem zurückzuführen. Die übrigen Oppositionsparteien PDS und Bündnis '90/Grüne aus dem Osten kommen auf 17 beziehungsweise acht Sitze. Die Wahlbeteiligung lag bei 77,8 Prozent.

Die CDU/CSU feierte die Wahlsiege als „Riesenerfolg für den Kanzler der Einheit“. Lafontaine räumte die Niederlage ein: „Wir haben die Wahl verloren.“ Das „Drehbuch der

### Wirtschaftsminister Haussmann scheidet aus Kabinett aus

Bonn (Reuter). Bundeswirtschaftsminister Haussmann wird dem neuen Bundeskabinett nicht mehr angehören. Er begründete seinen überraschenden Entschluß gestern in Bonn damit, daß er in die Privatwirtschaft wechseln wolle. Angesichts des hervorragenden Wahlergebnisses der FDP sei jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Rückzug aus dem Kabinett. Als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Haussmanns wurde in FDP-Kreisen Bildungsminister Müllemann genannt. Auch der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Solms, gilt als möglicher Nachfolger.

(Weiteres Seite 12)

letzten Monate“ sei für die Regierung gelaufen. CDU-Chef Waigel, dessen Partei in Bayern rund drei Prozentpunkte verlor, sagte: „Wir sind so stark, daß ohne und gegen die CDU nicht regiert werden kann.“ FDP-Chef Graf Lambsdorff nannte das Abschneiden seiner Partei einen „großen Erfolg für den politischen Liberalismus in Deutschland“.

### Kohl: Verhandlungen ohne Zeitdruck

Die CDU wird nach den Worten Kohls „ohne Zeitdruck“ und „ohne jede Überheblichkeit“ in die Koalitionsverhandlungen mit FDP und CSU gehen. Nach den Beratungen der Führungsgremien der CDU sagte er in Bonn, in der Koalition müsse es ein „faires Miteinander“ für eine „gute Arbeit“ in den nächsten vier Jahren geben.

Die Regierungspartner müßten bemüht sein, in einem „freundschaftlichen Miteinander“ die Probleme zu lösen. „Wir werden ohne jeden Zeitdruck die Verhandlungen führen, gründlich die Sachfragen diskutieren und dann die Personalentscheidungen treffen.“

Er teilte mit, daß der Verhandlungskommission neben ihm sein stellvertretender Parteivorsitzender de Maizière, CDU-Generalsekretär Rühle, der Fraktionsvorsitzende Dregger, Arbeitsminister Blüm und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth angehören werden.

Die Verhandlungen sollten im Laufe dieser Woche beginnen. Kohl wertete das Wahlergebnis als Vertrauensvorschub auch für ihn persönlich.

### HILFE FÜR LENINGRAD

Der Kontostand der Tagesspiegel-Spendenaktion: **963 853 DM**

Konto-Nr. 40 000 000

bei allen Berliner Banken und Sparkassen,

Konto-Nr. 60 000 102

beim Postgiroamt Berlin West

Weiteres Seite 15 und 18

## In Berlin zeichnet sich eine Große Koalition ab

Klarer CDU-Sieg — Schwere Niederlage der SPD

Gr. Berlin. Nach dem klaren Sieg der CDU und der schweren Niederlage der SPD bei der Gesamtberliner Wahl zum Abgeordnetenhaus zeichnet sich eine Große Koalition zur Senatsbildung ab. Der CDU-Landesvorsitzende und Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Diepgen, will noch in dieser Woche die SPD zu Koalitionsverhandlungen einladen. Die Sozialdemokraten bekundeten ihre Bereitschaft dazu. CDU und FDP fehlen zu einer gemeinsamen absoluten Mehrheit drei Mandate im Landesparlament.

Bei der ersten Gesamtberliner Wahl seit 1946 erreichte die CDU im Westteil der Stadt mit 48,9 Prozent der Zweitstimmen ihr bisher bestes Ergebnis. Im Ostteil gewann sie 6,4 Prozent hinzu und erreichte 25 Prozent. Im Gesamtdurchschnitt erhielt die CDU 40,3 Prozent. Die SPD verlor im Westteil rund acht und im Ostteil rund zwei Prozent. Sie erhielt im Gesamtberliner Durchschnitt nur noch 30,5 Prozent, das bisher schlechteste Ergebnis in Berlin. Drittstärkste Fraktion wurde die PDS mit 9,2 Prozent im Landesdurchschnitt. In Ost-Berlin allein bekam sie noch 23,6 Prozent, in West-Berlin nur 1,1 Prozent. Die FDP, bei der letzten West-Berliner Abgeordnetenhauswahl am 29. Januar 1989 an der Fünf-Prozent-Sperrklausel gescheitert, konnte diese in beiden Teilen der Stadt überwinden und kam auf durchschnittlich 7,1 Prozent. Die AL erreichte insgesamt nur noch fünf Prozent bei einem Anteil von 6,9 Prozent im Westteil, wo sie rund fünf Prozent verlor, und 1,7 Prozent im Ostteil. Das Bündnis '90 konnte die Fünf-Prozent-Hürde nur im Ostteil überwinden, wo sie mit 9,7 Prozent im wesentlichen ihren Anteil hielt, den sie bei der Ost-Berliner Kommunalwahl am 6. Mai 1990 erhalten hatte. Dank der regionalisierten Sperrklausel ist diese Listenvereinigung im Abgeordnetenhaus vertreten, obwohl sie im Landesdurchschnitt nur 4,4 Prozent der Zweitstimmen erhielt. Die Republikaner erreichten weder in West- noch in Ost-Berlin die Fünf-Prozent-Marke und sind im Landesparlament nicht mehr vertreten.

Das künftige Abgeordnetenhaus besteht aus 240 Mitgliedern. Zu den mindestens 200 Abgeordneten, die zu wählen waren, kamen 40 Überhang- und Ausgleichsmandate. Daraus ergibt sich folgende Sitzverteilung: CDU 100 Mandate, SPD 76, PDS 23, FDP 18, AL 12 und Bündnis '90 4.

Während Diepgen gestern zunächst zu einer Sitzung der CDU-Spitzenkommission in Bonn war, erklärte der Berliner CDU-Generalsekretär Landowsky, die CDU wolle mit allen demokratischen Parteien Gespräche aufnehmen, auch mit dem Bündnis '90, sofern keine gemeinsame Fraktion mit der AL gebildet werde. Allerdings sehe er eine Koalition von CDU und SPD als „einzig denkbare“ Möglichkeit. Die Stadt brauche angesichts der großen Herausforderungen eine „Regierung der Verantwortung“. AL und PDS seien für die CDU keine Partner, sagte Landowsky.

Der SPD-Landesvorsitzende und noch amtierende Regierende Bürgermeister Momper sprach ebenfalls von der Notwendigkeit einer stabilen und handlungsfähigen Regierung und erklärte, die Sozialdemokraten würden sich Verhandlungen mit der CDU nicht entziehen. Momper äußerte sich nach einer Sitzung von Landesausschuß und Fraktion seiner Partei. Er kündigte an, daß die SPD auf einem Landparteitag am Wochenende über ihre Wahlniederlage beraten, förmlich über die Aufnahme der Koalitionsverhandlungen entscheiden und den Kurs dafür abstecken werde. Als klare inhaltliche Vorgaben nannte er den Wohnungsbau

und den Erhalt der Mietpreisbindung im Ostteil sowie eine Begrenzung des Mietanstiegs im Westteil, die Fortsetzung des ökologischen Stadtumbaus vor allem in der Verkehrspolitik, eine liberale Linie in der Innenpolitik, die Integration langjährig hier lebender Ausländer, eine Arbeitsplätze sichernde Wirtschaftsförderung und soziale Gerechtigkeit.

Für die CDU kündigte Landowsky an, daß es zunächst um eine „Bestandsaufnahme der rot-grünen Schadensbilanz“ gehen müsse. Das Bündnis von SPD und AL war kurz vor der Wahl zerbrochen. Bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD müsse über Korrekturen von Entscheidungen des SPD/AL-Senats gesprochen werden, sagte Landowsky, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Er forderte den SPD-Minister

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2

## Honecker offenbar akut erkrankt

Vorerst keine Überstellung an die Berliner Justiz — Haftbeschwerde eingeleitet

Berlin/Moskau (dpa/Tsp). Der ehemalige DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker wird wegen seines offenbar akut verschlechterten Gesundheitszustands vorerst nicht aus dem sowjetischen Militärhospital Beelitz an die Berliner Justiz übergeben. Honecker war gestern morgen mit stark erhöhtem Blutdruck aus seiner Wohnung auf dem Militärraum in Beelitz mit Blaucht in die Herzabteilung des dortigen Krankenhauses gebracht worden. Der sowjetische Oberleutnant Molotkin informierte wartende Journalisten: „Die Ärzte sagen, es ist sehr ernst.“ Unterdessen legten die Anwälte Honeckers auch wegen seines Gesundheitszustands Haftbeschwerde ein.

Gegen Honecker wurde Haftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts gemeinschaftlichen Totschlags erlassen. Er soll im September 1961 kurz nach dem Mauerbau in Berlin als Sekretär des damaligen Nationalen Verteidigungsrates den Schießbefehl gegen Flüchtlinge erteilt und später mehrfach bekräftigt haben.

Honeckers Anwalt Nicolas Becker sagte gestern, es sei sehr gut möglich, daß die Sowjets in der jetzigen Situation den ehemaligen SED-Chef wegen ihrer „Fürsorgepflicht“ nicht der Berliner Staatsanwaltschaft übergäben. Ein Sprecher des sowjetischen Außenamts in Berlin betonte, daß der Fall Honecker in erster Linie ein „humanitäres Problem“ sei. Offensichtlich wird die Angelegenheit auf höchster Ebene in Moskau beraten. Ähnlich äußerte sich in Moskau Außenamtssprecher Tschurkin. „Ich hoffe, daß Deutschland bei seiner historischen Verantwortung das Prinzip der Humanität nicht unbeachtet läßt“, sagte er.

Das Auswärtige Amt in Bonn hat sich nach eigenen Angaben bisher nicht eingeschaltet. Die Berliner Justiz hat seit Zustellung des Haftbefehls am Freitag keine Gespräche mit sowjetischen Behörden in Deutschland geführt, sagte Justizsprecher Christoffel. „Wir haben alles getan und müssen abwarten“, unterstrich er. Nach dem am 12. Oktober unterschriebenen deutsch-sowjetischen Truppenvertrag kann Honecker nur mit Einwilligung der Sowjetunion den deutschen Behörden übergeben werden.

Margot Honecker hatte am frühen Morgen einen Arzt über die akute Verschlechterung des Gesundheitszustandes ihres Mannes alarmiert. Während seines Aufenthalts in Beelitz war Honecker schon mindestens einmal für mehrere Tage in dieser Abteilung behandelt worden.

Honeckers Anwälte wiesen in einer Pressemitteilung darauf hin, daß ein DDR-Arzt im Juni Haftunfähigkeit attestiert habe. Nach Angaben des sowjetischen Militärarztes habe sich dieser Befund eher verschlechtert. Die Anwälte glauben außerdem nicht, daß der 78jährige einem mehrmonatigen Prozeß gewachsen wäre. Es bestehe auch keine Fluchtgefahr. Sonst hätte sich Honecker schon längst der Strafverfolgung entziehen können, argumentieren die drei Anwälte in der 19seitigen Beschwerdebeurteilung. Ferner sei zweifelhaft, ob Honecker für den Schießbefehl rechtlich zur Verantwortung gezogen werden könne.

### KURZ GEFASST

#### Aktienmärkte fester

Tsp. Berlin. An den deutschen Aktienmärkten tendierten die Kurse gestern zu Beginn deutlich fester, gaben im Verlauf nach und schlossen mit überwiegenden Gewinnen. Beeinflusst wurden die Börsen von der klaren Wahlscheidung, der Gesprächsbereitschaft im Golfkonflikt sowie vom rückläufigen Ölpreis und vom stabilen Dollarkurs. (Weiteres Seite 13)

#### Die Wettervorhersage

Tsp. Berlin. Wechselnd heiteres Wetter und starke Bewölkung mit einzelnen Regen- oder Schneeschauern wird für heute von den Meteorologen angekündigt. Bei mäßigem, in Schauernähe starkem böigem Wind aus West bis Nordwest wird mit einer Höchsttemperatur nahe 5 Grad und einer tiefsten nachts von 0 bis -2 Grad gerechnet. Für die Nacht zum Mittwoch wird in Schnee übergehender schauerartiger Niederschlag vorausgesagt. (Weiteres auf Seite 19)

### Unsere Meinung:

#### Die Doppel-Wahl

J.B. Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl hat, nicht unerwartet, die Unionsparteien als die stärkste politische Kraft im Lande ausgewiesen und der Regierungskoalition die bislang größte Mehrheit im Parlament beschert. Erheblich beigetragen dazu hat der beachtliche Anstieg des Wähleranteils der FDP, mit dem wohl vor allem die herausragende Rolle, die Außenminister Genscher an der Seite des Kanzlers im Prozeß der deutschen Vereinigung gespielt hat, belohnt wird. Nicht unwesentlich dürfte auch der hier und da erzeugte Eindruck gewesen sein, bei dieser auf den Kanzler zulaufenden Wahl könnten die Unionsparteien sogar die absolute Mehrheit erringen. Das der FDP nun zugefallene größere Gewicht wird gewiß die Koalitionsverhandlungen nicht erleichtern: Spötter sagen, man wisse nicht, was mehr zu fürchten sei, eine schwache oder eine starke FDP. Aber dieser Übergang zum harten Alltagsgeschäft der Politik kann nicht verwischen, daß beiden Parteien gemeinsam die Verantwortung zugewachsen ist, das zusammengewachsene, größere Deutschland politisch zu gestalten — eine Verantwortung, die beide zuversichtlich gesucht haben und an der sie sich nun zu bewähren haben.

Es steht außer Frage, und diese Wahlen zeigen es, daß Zuversicht auch Zutrauen erzeugen kann, ebenso wie ständiger Zweifel auf den zurückfallen kann, der ihn erweckt. Das trifft auf Lafontaine zu, der im Hinblick auf das geschichtliche Ereignis der deutschen Vereinigung, von der Außenwelt längst als zwangsläufig und natürlich akzeptiert, stets eine gewisse Verleumdung an den Tag legte. Auch war stets ein Zögern und Schwanken angesichts der ihm mit der Kanzlerkandidatur gestellten Aufgabe zu beobachten, die er einmal als von ihm eingefordert, dann wieder als ihm angefragt hinstellte. Nein, es war nicht die Stunde für einen Mann wie Lafontaine und damit auch nicht für die Partei, die ihn zum Kanzlerkandidaten gemacht hatte. Ein bitteres Ergebnis für eine Partei, die einmal die Einheit Deutschlands von der Arbeiterklasse her herstellen wollte.

Überraschend, wenngleich ebenfalls nicht unverdient, das Abtreten der westdeutschen Grünen von der parlamentarischen Tribüne in Bonn. Offenbar ließen sich viele Wähler, besonders angesichts des ständigen inneren Zwists dieser Gruppierung, von der Annahme leiten, daß diese ihre Funktion einer ökologischen Bewegung längst an die größeren Parteien abgetreten habe. Zudem war schon geraume Zeit ein Ausfransen des linken Rands dieser Bewegung zu verfolgen, von der einige schon den Weg zur PDS gefunden haben. Ihren Platz nehmen jetzt die Abgeordneten von Bündnis'90/Grüne im Bundestag ein, eine Bürgerbewegung ostdeutscher Provenienz, denen die Wähler im Teilwahlgebiet Ost Gerechtigkeit widerfahren ließen und sie dort über die Fünf-Prozent-Klausel hinweghoben. Der starke Anteil den dort die PDS erzielt hat, mag viele überraschen; aber hinter ihr stehen eben die zahlreichen Funktionäre und Mitläufer des alten Regimes. Aber man kann sie, wie der PDS-Vorsitzende Gysi, in diesem Falle einmal zu Recht, sagt, schließlich nicht vom demokratischen Prozeß ausschließen, zumal sich ihnen die PDS als linke Opposition — und nichts anderes als die Opposition — anbietet. Wobei sie freilich noch zu überzeugen wären, daß es sich nur um eine parlamentarische und rechtsstaatliche Opposition handeln kann.

Das erfreulich unzweideutige Ergebnis der Bundestagswahl, im Ausland als Zeichen der Hoffnung für die innere Stabilität des neuen Deutschland gewürdigt, wird nicht in der Bedeutung, aber fast in der Wirkung von dem Ausgang der Wahl zum Abgeordnetenhaus des einen und ungeteilten Berlin übertroffen. Hier wurde das Ergebnis der letzten West-Berliner Wahl auf den Kopf gestellt und der CDU ein großer Wahlsieg in die Hand gegeben. Das ganze Ausmaß wird deutlich, wenn man vergegenwärtigt, daß von 71 in West-Berlin zu vergebenden Direktmandaten die CDU allein 70 gewonnen hat. Damit wird zugleich offenbar wie sehr das Gesamtberliner Wahlergebnis — das im übrigen im Bundestand liegt — von der durch die Wähler erkannten Misere der SPD-AL-Koalition in West-Berlin bestimmt worden ist. Ein so hoher Anstieg der CDU-Stimmen wäre nicht denkbar gewesen, wenn es nicht einen angestauten Unmut, ja einen fast alltäglichen Ärger über diese Koalition, über ihre politischen Inhalte, über ihre ständigen inneren Widersprüche und über ihr ganzes Erscheinungsbild gegeben hätte. Wie man so schön sagt, der Wähler war es leid. Diese Koalition hätte sich wirklich ein anderes Volk suchen müssen, wenn sie hätte Bestand haben sollen. Der Anspruch — beispielsweise Hauptstadt und Regierungssitz zu sein — und die politische Kulisse stimmten nicht mehr überein.

Das rechnerische Ergebnis der Wahlen legt für eine stabile neue Regierung nur eine Koalition zwischen CDU und SPD nahe. Der Sieger und Verlierer — Diepgen und Momper — haben noch in der Wahlnacht, jeder auf seine Weise, aber übereinstimmend ruhig und diszipliniert, dafür die Voraussetzungen zu schaffen versucht.